

# Probleme bei integrativer Beschulung

Fast 50 Eltern sehbehinderter und blinder Kinder waren mit Unterstützung durch den BVN kürzlich in die Schule Borchersweg in Oldenburg gekommen, um mit dem Staatssekretär Peter Uhlig im Niedersächsischen Kultusministerium persönlich die Probleme der integrativen Beschulung ihrer Kinder zu besprechen.

Während andere Eltern sich bei Schulbeginn nur um die Schultüte und sonst nichts kümmern müssten, hätten Eltern behinderter Kinder für die integrative Beschulung in einer Regelschule zunächst einmal einen bürokratischen Hürdenlauf in Form von Anträgen bei unterschiedlichsten Stellen zu bestehen. „Wir haben so schon einen erheblich größeren Zeitaufwand als andere Eltern. Der zusätzliche bürokratische Aufwand um die Beschulung sicherzustellen, ist nicht zumutbar“, sagte Detlef Danauer, einer der Initiatoren der Elterninitiative sehgeschädigter und blinder Kinder in Weser/Ems. Er forderte eine landesweite Koordinierungsstelle, die dafür sorgt, dass zu Schulbeginn die für sehbehinderte Kinder erforderliche Zusatzausstattung auch tatsächlich vorhanden ist.

In dieser Hinsicht mochte Staatssekretär Peter Uhlig den engagierten Eltern keine Hoffnungen machen. „Es gibt hier leider unterschiedliche Zuständigkeiten, die wir leider nicht ändern können“, sagte der Schulverwaltungsexperte. Als selbst betroffener Vater eines behinderten Sohnes und ehemaliger mit Integration befasster Schulleiter zeigte er aber großes Verständnis für die Anliegen der engagierten Eltern und schlug die Einrichtung eines Internet-Ratgebers für die Beschulung sehbehinderter Kinder vor. „Bei landesweit rund 600 Fällen besteht in den betroffenen Behör-

den keine Chance, dauerhafte Handlungsroutinen aufzubauen. Deshalb könnte uns ein allgemein zugänglicher niedersächsischer Internet-Infopool zur Vermittlung der rechtlichen Grundlagen und einheitliche Lösungen weiterhelfen“, schlug Uhlig den Eltern vor. Doch ein solcher Vorschlag löst, wie die vielfälti-



Staatssekretär Peter Uhlig will sich persönlich um die Probleme der Beschulung blinder Kinder in Niedersachsen kümmern.

Foto: Niedersächsisches Kultusministerium

gen Schilderungen der Eltern aus der Praxis der integrativen Beschulung ihrer sehbehinderten Kinder zeigten, nicht alle Probleme.

## Eltern fordern Medienzentrale

So müssen beispielsweise die betroffenen Eltern oft einzeln die Schulbücher ihrer Kinder umarbeiten, weil es keine Ausgaben in Großschrift gibt. „Wir haben die gesamten Osterferien gescannt und gedruckt“, berichtet eine Mutter. „Doch auch dann haben wir nicht alle Materialien vollständig beisammen gehabt.“ Die Eltern fordern deshalb eine Medienzentrale, die

die nötigen Schulbücher verleiht oder herstellt. Hier sah Staatssekretär Uhlig die Möglichkeit, zu einer Absprache mit den Schulbuchverlagen zu kommen, die bis heute leider noch nicht besteht.

## Problem Nachteilsausgleich

Als weiteres Problem für sehbehinderter und blinde Schüler erweist sich immer mehr der Nachteilsausgleich. Zwar sei allgemein bekannt, dass in diesem Rahmen die Prüfungsanforderungen bei sehbehinderten Schülern gesenkt werden könnten. Doch die Handhabung sei dabei von Ort zu Ort höchst unterschiedlich. Für das Zentralabitur bedürfe es hier einer einheitlichen Regelung. Ein entsprechender Hinweis fehle in der Schulgesetzgebung.

Auch bei der Schulinspektion komme Integration überhaupt nicht vor, kritisierten die betroffenen Eltern. „Eigentlich haben wir viele dieser Probleme schon vor Jahren geregelt. Aber an der Basis ist das immer noch nicht angekommen“, sagte der Geschäftsführer des Blindenverbandes Niedersachsen (BVN), Hans-Werner Lange. Der BVN unterstützt die Elterninitiative.

## Arbeitskreis soll weiterhelfen

Zum Schluss der Veranstaltung versprach Staatssekretär Uhlig, einen Arbeitskreis sehgeschädigter Eltern zusammen mit allen zuständigen Stellen auf Landesebene einzurichten. Darin sollen Lösungen für die angesprochenen Probleme erarbeitet werden. „In einem Jahr komme ich dann gern wieder hierher zu Ihnen, um zu sehen wie weit wir damit vorangekommen sind“, versprach der Schulverwaltungsexperte aus Hannover.

**Red.**